

EDITORIAL

Liebe Leser*innen,

in diesen Tagen von „Zeitenwenden“ und „Kehrtwenden“ werden viele vermeintliche Gewissheiten über Bord geworfen. Ein Editorial im ausgehenden Winter zu schreiben, welches das dynamische politische Geschehen noch zu Erscheinen unseres Hefts im Frühling aktuell kommentiert, erscheint fast unmöglich. Versucht man dennoch eine knappe Momentaufnahme, gibt es wenig Anlass zur Freude. In der Rückschau auf die vergangene Legislaturperiode zeigt sich: Nachdem die im November 2024 zerbrochene Ampel-Koalitionsregierung 2021 mit vielversprechenden gleichstellungs- und geschlechterpolitischen Vorhaben gestartet war, sind viele Erwartungen enttäuscht worden. Auch wenn das Selbstbestimmungsgesetz oder das noch in den letzten Tagen verabschiedete Gewalthilfegesetz bedeutsame Reformen darstellen, ist nun klar: Weder die geplante, umfangreiche Familienrechtsreform noch die Kindergrundsicherung werden kommen. Auch die Familienstartzeit und die Lohnersatzleistung für pflegende Angehörige sind wahrscheinlich vom Tisch. Und schließlich ist nicht damit zu rechnen, dass die nächste Regierung einen Anlauf zur Streichung des § 218 Strafgesetzbuch in Angriff nimmt. Es stellt sich angesichts der Wahlergebnisse zum 21. Deutschen Bundestag zudem die Frage, ob nun für die nächsten Jahre ein Möglichkeitsfenster für jedwede gleichstellungs- und geschlechterpolitische Reform geschlossen wurde. Der Frauenanteil unter den gewählten Abgeordneten ist u. a. aufgrund des Erstarkens der Union und der AfD erneut gesunken (32,4 Prozent). Auch in den Parteispitzen finden sich nur wenige Frauen. Eine trans* Abgeordnete hatte ihren Rückzug aus der Bundespolitik aufgrund von Hass und Menschenfeindlichkeit bereits vor den Wahlen angekündigt. Auch bei den möglichen Koalitionspartnern treten Frauen in den Hintergrund, wie Fotos von Gesprächen zwischen der Union und der SPD zeigen. Es bleibt abzuwarten, ob die Forderung der „Gruppe der Frauen“ in der Unions-Bundestagsfraktion nach Geschlechterparität in allen wichtigen Positionen zumindest im Ansatz erfüllt werden wird. Haben wir es, wie Susan Faludi Anfang der 1990er-Jahre konstatierte, mit einem Backlash zu tun, und sind die Entwicklungen und die Gegenbewegungen mit den damaligen vergleichbar?

Wie wichtig eine Einordnung aktueller Geschehnisse und vermeintlicher Logiken in historische Zusammenhänge ist, zeigt unser Schwerpunkt, der sich mit Geschichts- und Erinnerungspolitik beschäftigt. Sechs Beiträge analysieren geschichtspolitische Strategien und Erinnerungspraktiken aus einer geschlechterdifferenzierenden Perspektive. Sie verdeutlichen damit in unterschiedlichen Kontexten, wie die Komplexität historischer Narrative und deren Legitimationsfunktionen aufgezeigt werden können, wenn die Diversität weiblicher Akteurinnen und anderer geschlechtlich marginalisierter Gruppen sichtbar gemacht, geschlechterspezifische Gewalt thematisiert und maskulinistische und heteronormative Geschichtsbilder infrage gestellt werden.

Auch im Forum wird die Frage nach der Vergangenheit und deren Bedeutung für die Gegenwart anhand von feministischen Bündnissen aufgegriffen. Die Autor*innen des ersten Beitrags reflektieren ihre gemeinsame Arbeit im „Bündnis Kompliz*innen“, das für ein Zusammendenken von Rassismus, Antisemitismus und Antifeminismus im Kampf gegen Faschismus und Rechtsextremismus eintritt. Der zweite Beitrag widmet sich Eva von Redeckers Buch „Revolution für das Leben“ und der Frage, wie der Übergang vom Status Quo zu einer solidarischen, demokratischen und herrschaftsfreien Zukunftsvision aus der Perspektive der Relationalität neu gedacht werden kann. Abschließend führt uns der dritte Beitrag mit einer Berechnung der Bruttowertschöpfung der unbezahlten Arbeitsstunden die Größenordnung und das ökonomische Gewicht der unbezahlten Arbeit im Vergleich zur bezahlten Arbeit vor Augen und problematisiert ihre geschlechtliche Ungleichverteilung.

In der Tagespolitik beschäftigen sich zwei Artikel mit aktuellen internationalen Entwicklungen: So werden die Forderungen des Syrischen Frauenrats nach dem Sturz Assads in einer deutschen Übersetzung zugänglich gemacht und aus dekolonial-feministischen Blickwinkeln kontextualisiert. Ein weiterer Beitrag richtet den Blick auf die direkten Folgen für die Geschlechterpolitik nach der Wiederwahl Donald Trumps als Präsident der USA. Angesichts der Kürzung von Diversitätsprogrammen im öffentlichen Sektor und anhand Trumps Positionen und Entscheidungen zu Schwangerschaftsabbrüchen erscheint ein erneuter Kampf um Gleichberechtigung notwendiger denn je. Aber auch innenpolitische Themen sind vertreten: Hier werden die Errungenschaften und Leerstellen des kürzlich verabschiedeten Selbstbestimmungsgesetzes kritisch diskutiert sowie die Debatten um die Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen anhand einer Gegenüberstellung des Gesetzesentwurfs der fraktionsübergreifenden Gruppe von Abgeordneten und des Verbändeentwurfs nachgezeichnet.

In der Rubrik Lehre und Forschung thematisiert ein Beitrag Antisemitismus als Leerstelle in intersektionalen und postkolonialen Zusammenhängen und macht Vorschläge, wie Lehrende an Hochschulen damit umgehen könnten. Ein weiterer Beitrag führt anhand des Beispiels von Florida in bedrückender Weise vor Augen, wie eine Bildungs- und Wissenschaftspolitik aussieht, wenn rechtspopulistische, liberale Kräfte Einfluss ausüben.

In der Rubrik Rezensionen stellen wir wie immer Besprechungen neuer, spannender Bücher aus der feministischen politikwissenschaftlichen Forschung vor.

Wir wünschen eine anregende Lektüre!

Ihre/Eure Redaktion

Vorschau auf die nächsten Hefte (Arbeitstitel)

2/2025 Eine „Union der Gleichheit“? Gleichstellungs- und Antidiskriminierungspolitiken der Europäischen Union

1/2026 Geschlechtergerechtigkeit und Diversität in der Wissenschaft zwischen institutionellem Wandel und Symbolpolitik